



25. April 2023

Stellungnahme der SPD-Stadtratsfraktion zum Entwurf des Haushaltsplanes für das Haushaltsjahr 2023

Es gilt das gesprochene Wort

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
verehrte Kolleginnen und Kollegen aus dem Stadtrat,
meine Herren Beigeordnete und Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung,
liebe Gummersbacherinnen und Gummersbacher, verehrte Gäste,

zu einem sehr ungewöhnlichen Termin versammelt sich heute der Rat der Stadt Gummersbach, um über den aktuellen Haushalt zu befinden. Ich persönlich kann mich nicht erinnern, dass wir in den vergangenen 29 Jahren so spät den Etatbeschluss gefasst haben. Schließlich ist das Haushaltsjahr, um das es heute geht, bereits knapp vier Monate alt, oder anders gesagt, ein Drittel des betreffenden Zeitraumes ist schon verstrichen.

Es bedarf also schon sehr überzeugender Argumente für dieses späte Verfahren. Diese sind allerdings hier gegeben, und ich will betonen, dass die SPD-Stadtratsfraktion diesen zeitlich verzögerten Ablauf auch von der ersten Phase der Planung an mitgetragen hat. Zunächst mussten wir sehr lange auf die sogenannten Orientierungsdaten des Landes Nordrhein-Westfalen warten, ohne die eine solide Haushaltsplanung gar nicht möglich ist. Zudem spielen die Schlüsselzuweisungen eine zentrale Rolle.

Vor allen Dingen diene aber die sehr lange Phase der Haushaltsplanberatungen dazu, um Zeit zu gewinnen. Zeit, die wir brauchten, um ein Haushaltssicherungskonzept in diesem Jahr zu verhindern. Die Gefahr eines Haushaltssicherungskonzeptes nach § 76 GO NRW war noch vor kurzem sehr real und akut. Es ist klar, was ein Haushaltssicherungskonzept bedeutet hätte – kaum Handlungsspielraum in der städtischen Finanzwirtschaft unter dem strengen Regime der Kommunalaufsicht. Dagegen war der Stärkungspakt, dem sich die Stadt Gummersbach seinerzeit freiwillig angeschlossen hatte, vergleichsweise entspannt. Auch damals galten zwar sehr strenge Regeln und Vorgaben, die von der Kommunalaufsicht

kontrolliert wurden; allerdings gab es gleichzeitig erhebliche finanzielle Zuwendungen des Landes, die den städtischen Haushalt spürbar entlasteten. Solche Entlastungen würde es bei einem Haushaltssicherungskonzept nicht geben.

Insofern kann man nicht genug hervorheben, dass es gelungen ist, ein Haushaltssicherungskonzept zu vermeiden. Gleichwohl legt die SPD-Fraktion Wert darauf – und der Kämmerer Herr Halding-Hoppenheit hat dies ja auch schon angekündigt –, dass wir für die kommenden Haushaltsplanberatungen des Jahres 2024 und der Folgejahre wieder in den gewohnten Turnus zurückkehren. Das heißt, Einbringung und Verabschiedung des Haushaltes vor Beginn des betreffenden Haushaltsjahres. Ein so langer Zeitraum der vorläufigen Haushaltsführung, wie wir ihn dieses Jahr erlebt haben und der zudem durch finanziell weitreichende Beschlüsse in der letzten Ratssitzung am 15. Februar 2023 überbrückt werden musste, sollte tunlichst vermieden werden, zumal der heute zu beschließende Haushalt auch noch von der Kommunalaufsicht genehmigt werden muss, was wiederum noch einige Wochen, möglicherweise zwei bis drei Monate in Anspruch nehmen kann.

Wenn ich eben davon sprach, dass es eine große Erleichterung ist, ein Haushaltssicherungskonzept zu vermeiden, dann muss man aber auch betonen, dass dies zunächst einmal nur ein kurzfristiger Effekt ist. Die Verwaltung hat während der ausgedehnten Planberatungen keinen Zweifel daran gelassen, dass wir in diesem Jahr nur deshalb um ein Haushaltssicherungskonzept herumkommen, weil die Jahresabschlüsse der beiden letzten Jahre 2021 und 2022 überdurchschnittlich gut ausgefallen sind. Die jeweilige Beschlussfassung ist ja auch Bestandteil der heutigen Ratssitzung.

Besonders das vergangene Jahr 2022 sticht hier besonders hervor. Vor allen Dingen das historisch hohe Gewerbesteueraufkommen von über 45 Mio. € verschafft uns ein sensationelles Jahresergebnis von rund 17,5 Mio. €. Nur durch diesen Umstand vermeiden wir ein Haushaltssicherungskonzept im zur Beschlussfassung anstehenden Haushaltsjahr 2023 und die weitreichenden Effekte, die den § 76 GO NRW auslösen – nämlich die Verringerung des Ansatzes der allgemeinen Rücklage um mehr 25 % (dies würde bei der Stadt Gummersbach rund 11,5 Mio. € ausmachen) bzw. die Verringerung des Ansatzes der allgemeinen Rücklage um mehr als 5 % in zwei aufeinander folgenden Haushaltsjahren (dies würde für die Stadt Gummersbach rund 2,3 Mio. € bedeuten). Kurz gesagt, das finanzielle Polster vor allen Dingen des vergangenen Haushaltsjahres verschafft uns für dieses Jahr Luft und vermeidet die Verringerung der allgemeinen Rücklage im genannten Ausmaß und somit die Auslösung des Haushaltssicherungskonzeptes.

Jetzt könnte man an dieser Stelle einen Punkt machen, über den Haushalt 2023 abstimmen und sagen: Glück gehabt und alles ist gut. Wir aber als verantwortungsvolle Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker müssen weiter voraus blicken, zumal die nächsten Haushaltsplanberatungen für 2024 – die Rückkehr zum gewohnten Turnus vorausgesetzt – schon in wenigen Monaten stattfinden werden, beginnend für die Politik in der AG Haushalt im September und für die Verwaltung schon wesentlich früher, quasi schon in Kürze.

Was das kommende Haushaltsjahr und die Folgejahre angeht, haben der Kämmerer, Herr Halding-Hoppenheit, und die Leiterin der Kämmerei, Frau Klein, sehr deutlich gemacht, dass die Aussichten sehr viel angespannter werden.

Die akute Gefahr eines Haushaltssicherungskonzeptes, in diesem Jahr zwar gebannt, könnte uns sehr schnell wieder einholen – mit all den Konsequenzen, die ich oben bereits beschrieben habe. Hinzu kommt, dass auch die Schlüsselzuweisungen zunächst einmal sinken werden. Das hängt mit der zeitversetzten Wechselwirkung von Haushaltsüberschüssen und Schlüsselzuweisungen zusammen.

Das liegt in erster Linie daran, dass in den kommenden Jahren Überschüsse, wie wir sie in den vergangenen beiden Jahren verbuchen konnten, nicht mehr zu erwarten sind. Die enormen Krisen, die uns in jüngster Vergangenheit in geballter Form heimgesucht haben, zeigen dabei natürlich ihre Wirkung. Die Corona-Pandemie und der russische Angriffskrieg auf die Ukraine haben direkte oder indirekte Folgen zu Lasten unseres städtischen Haushaltes. Und wer weiß, was der zuletzt wieder sehr stark ansteigende Flüchtlingsstrom nach Europa für Unwägbarkeiten, Herausforderungen und Belastungen nicht nur in finanzieller Hinsicht bei uns in Gummersbach mit sich bringt. Jedenfalls haben wir diesbezüglich ja schon fundierte Erfahrungswerte, denn die Phase des letzten massiven Flüchtlingszustroms liegt ja gerade mal acht Jahre zurück. Und obwohl wir diese Herausforderung seinerzeit in Gummersbach mit vereinten Kräften gut gestemmt haben, spüren wir die finanziellen Auswirkungen noch heute ganz deutlich zu Lasten unseres Etats. Das wurde auch in den aktuellen Haushaltsplanberatungen nochmal sehr klar. Seit Jahren lässt uns das Land Nordrhein-Westfalen – unabhängig von der Couleur der jeweiligen Landesregierung – auf rund 1 Mio. € Defizit der Kosten im Zusammenhang mit der Flüchtlingsunterbringung sitzen, die eigentlich das Land begleichen müsste. Weil das aber nicht geschieht, müssen wir es als Minus im Haushalt verbuchen. Das sind die Langzeitfolgen vor Ort von überregionalen und internationalen Krisen.

In diese Kategorie fällt natürlich auch der Umgang mit den Kosten, die die Pandemie und der Ukraine-Krieg bei uns in Gummersbach verursachen. Zwar hat der Landesgesetzgeber Möglichkeiten geschaffen, um diese Corona-bedingten Schäden und die kriegsbedingten Belastungen, insbesondere auch die damit verbundenen erhöhten Energiekosten, zu isolieren, im sogenannten NKF-COVID-19-Ukraine-Isolierungsgesetz. Dieses Gesetz hilft natürlich, durch die Isolierung der entsprechenden Kosten ein Abrutschen in die Haushaltssicherung zu vermeiden. Haushaltstechnisch gesehen macht diese gesetzliche Regelung durchaus Sinn. Es ist aber harte fiskalische Realität, dass diese Kosten den Haushalt formal zwar nicht belasten, aber tatsächlich entstanden sind bzw. entstehen.

Insofern rückt jetzt schon die Abschreibung dieser Kosten im Zusammenhang mit Pandemie und Krieg in den Fokus der Diskussionen. Zwar beginnt die Abschreibung erst ab dem Haushaltjahr 2026, aber die Vorbereitungen zur Umsetzung muss noch der aktuelle bis Herbst 2025 amtierende Rat - also wir - treffen. Bisher liegen uns Erkenntnisse vor, dass nach heutigem Stand die jährliche Abschreibungssumme ab 2026 rund 540.000 € beträgt – wenn man einen Abschreibungszeitraum von 50 Jahren zugrunde legt. Den Abschreibungszeitraum, den der Landesgesetzgeber mit maximal 50 Jahren ermöglicht, aber eben nicht fix vorschreibt, und die Isolierungssumme werden wir als SPD-Fraktion dabei in das Zentrum der kommenden Diskussionen bis 2025 rücken.

In der letzten Sitzung der AG Haushalt am 27. März 2023 wurde uns allerdings von der Verwaltung mitgeteilt, dass die zu isolierende Gesamtsumme von vorher angenommenen ca. 30 Mio. € signifikant auf rund 17 bis 18 Mio. € sinken könnte. Bisher mussten sogar real nur 2,2 Mio. € abgeschrieben werden – weniger als erwartet. Das ist eine sehr positive Nachricht. Wenn sich dieser positive Trend fortsetzen sollte, stellt sich die Frage, wie sich diese Verbesserung zum Beispiel auf den Abschreibungszeitraum verkürzend auswirken könnte. Des Weiteren ist auch die Aufschlüsselung der Isolierungssumme an sich für uns ein wichtiger Faktor. Der Streit auf der Landesebene, der zu einer Verfassungsklage der Oppositionsparteien SPD und FDP gegen den Landeshaushalt der schwarz-grünen Landesregierung geführt hat, zeigt, wie wichtig größtmögliche Transparenz bei dieser sensiblen Frage ist. Jedenfalls sollten wir die verbleibende Zeit nutzen, um zum Beispiel anhand verschiedener Rechenmodelle eine endgültige Entscheidung über die unvermeidliche Abschreibung der Isolierungskosten fundiert vorzubereiten. Der Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss oder auch die AG Haushalt wären hier natürlich die richtigen Gremien.

Wie dem auch sei, die zurückliegenden Haushaltsberatungen haben gezeigt, dass wir für das Haushaltsjahr 2023 mit einem blauen Auge davon kommen. Auch die diesjährigen

Einnahmen bei der Gewerbesteuer sind überdurchschnittlich gut. Von den eingeplanten 40,1 Mio € sind jetzt schon 36,9 Mio. € erreicht. Auch bei der wichtigen Grundsteuer B sind wir dem Planansatz von 10,5 Mio. € jetzt schon sehr nahe. Es fehlen noch rund 500.000 €. Die Folgejahre aber werden wieder sehr viel schwieriger. Frau Klein hat das in den Sitzungen der AG Haushalt und bei uns in der Fraktion verdeutlicht.

Die Jahresergebnisse werden mal mehr mal weniger defizitär sein, dadurch wird eine Inanspruchnahme, ja sogar die Aufzehrung der Ausgleichsrücklage bis 2026 unvermeidlich, und die kurzfristigen Kassenkredite werden auch wieder sehr deutlich steigen. Zwar wird die vom Stadtrat seinerzeit selbst auferlegte Obergrenze von 105 Mio. € nach den Prognosen nicht erreicht, aber schon dieses Jahr zeigt die Kurve deutlich nach oben und wird sich in den folgenden Jahren wieder in Richtung 80 Mio. € bewegen – eine Summe, die wir eigentlich hinter uns lassen wollten.

Uns muss also klar sein, dass gehandelt werden muss. Und es muss auch denjenigen klar sein, die in der nächsten Ratsperiode ab Herbst 2025 die Verantwortung tragen, denn die Prognosen reichen ja weit über die Amtszeit dieses Rates hinaus. Wir wissen auch, dass sich die Verwaltungsspitze hier vorausschauend Gedanken gemacht hat.

Natürlich bestünde die Möglichkeit, an der Schraube der Steuern zu drehen, die wir selbst beeinflussen und beschließen können. Die Verwaltung hat ja schon vorsorglich einen Vergleich der Hebesätze bei der Gewerbesteuer und der Grundsteuer B zu anderen Kommunen im Oberbergischen Kreis und zu den Großstädten in der Region gezogen. Man könnte den Haushalt auch immer wieder durchforsten, um weiteres Einsparpotenzial zu suchen.

Wir müssen hier aber aus unserer Sicht einen Punkt ansprechen, den die Verwaltung – vom Bürgermeister abgesehen – nicht leisten kann, sondern der politisch durchgesetzt werden muss – nämlich eine spürbare grundsätzliche Entlastung der Kommunen in unserem föderalen System. In allererster Linie ist hier die Landesregierung in der Pflicht. Natürlich kann man eine entsprechende Forderung auch an den Bund adressieren, und entsprechende Vorschläge sind ja auch schon gemacht worden. Wenn man aber in Berlin nachfragt, bekommt man dort – und zwar nicht zu Unrecht – als Antwort, dass die betrübliche finanzielle Situation der Kommunen in Nordrhein-Westfalen keineswegs repräsentativ für das gesamte Bundesgebiet ist. Im Gegenteil: Kürzlich konnte man lesen, dass die Kommunen im letzten Jahr 2022 Rekordüberschüsse bundesweit erzielt haben und sich somit ein Polster für die Zukunft anlegen konnten. Eine strukturelle Unterfinanzierung der Kommunen wie in Nordrhein-Westfalen kennt man anderswo in Deutschland in dieser Form gar nicht.

Deshalb hat man in Berlin kein großes Bestreben, eine Lex Nordrhein-Westfalen zu schaffen, und selbst wenn die Regierung einen entsprechenden Vorstoß machen würde, wäre er wohl spätestens in der Länderkammer, dem Bundesrat, zum Scheitern verurteilt. Insofern kann das Problem nur in Düsseldorf wirksam angepackt werden. Hier liegt der Schlüssel für eine grundlegende Entlastung der Kommunen. Wir sollten also alle unsere Möglichkeiten nutzen, um Druck auszuüben. Dies gilt insbesondere für die Vertreterinnen und Vertreter der Regierungsparteien in Düsseldorf – schwarz und grün, aber auch für den Bürgermeister, der ja über vorzügliche Verbindungen bis in die Spitzen der Landesregierung verfügt. Wir wollen dann aber auch mal Ergebnisse sehen.

Immer wenn die Haushaltsberatungen auf städtischer Ebene und auf Kreisebene parallel laufen, spielt das immergrüne Problem der Kreisumlage eine prägende Rolle. Das ist alle zwei Jahre der Fall, weil auf Kreisebene schon seit geraumer Zeit ein Doppelhaushalt beschlossen wird. Diesmal war es wieder soweit, auch wenn die Parallelität wegen unserer verspäteten Haushaltsberatungen nicht ganz gewahrt blieb und der Kreishaushalt planmäßig im vergangenen Dezember beschlossen wurde. Die Kreisumlage ist für die Stadt Gummersbach von enormer Bedeutung, weil wir von der Gesamtumlage, die der Kreis erhebt, mehr als 20 % entrichten müssen, aber auch von enormer Belastung, weil nahezu unsere gesamten Einnahmen bei der Gewerbesteuer von der Kreisumlage aufgeessen werden.

Wenn also die Haushaltsplanberatungen auf der städtischen Ebene und auf Kreisebene parallel laufen, kann immer das gleiche Ritual beobachtet werden. Zu Beginn appelliert der Kämmerer, Herr Halding-Hoppenheit, mit großer Eindringlichkeit an die Gummersbacher Mitglieder des Kreistages, doch endlich das Einsparpotenzial beim Kreishaushalt zu nutzen, um die Kreisumlage wenigstens ein wenig zu senken. Regelmäßig wenden sich auch alle Bürgermeisterinnen und Bürgermeister an den Landrat und ermahnen ihn zu mehr Haushaltsdisziplin. Am Ende beschließt die Kreistagmehrheit dann allerdings den Haushalt, ohne die Einwendungen aus den Kommunen besonders zu beachten. Die Betonung liegt hier aber auf Kreistagmehrheit. Für die SPD-Mitglieder im Kreistag kann ich sagen, dass wir die Sorgen der Kommunen wie schon in den Jahren zuvor nicht nur sehr ernst genommen haben, sondern auch konkrete Schritte in die Wege leiten wollten. So haben wir die weitestgehende Abschmelzung der Ausgleichsrücklage beantragt, um die Kommunen ein Stück weit zu entlasten. Wir haben uns auch gegen die Wahnsinnspläne eines Kreishausesneubaus gestemmt. Wir haben mit all unserer Kraft versucht, die Interessen der Kommunen beim Kreisetat zu verteidigen und wurden am Ende aller guten und überzeugenden Argumente zum Trotz überstimmt. Dass es am Ende noch einen Kompromiss bei der Ausgleichsrücklage gegeben hat, lag – das muss man betonen – nicht an den Fraktionen von CDU und FDP, sondern am Entgegenkommen der UWG.

Herr Bürgermeister, Herr Beigeordneter Halding-Hoppenheit, wir als SPD-Fraktion können Ihren Frust über die Mehrheit im Kreistag und die Spitze der Kreisverwaltung gut verstehen. Während wir quasi für jeden Quadratmeter Teppichboden kämpfen müssen, den wir im Rathaus verlegen wollen, werden 150 m weiter mal locker 60,80 oder 100 Millionen € ausgegeben, um die Kreisverwaltung schön zu machen und als Gipfel auch noch die Kreisleitstelle zu verlegen. Hier zeigt sich nebenbei deutlich: Die Macht eines Landrates ist doch wesentlich weitreichender als die eines Bürgermeisters.

Was wir in der SPD-Ratsfraktion nicht verstehen können ist, warum Sie persönlich nicht mehr bewirken können. Denn es sind ja Ihre Gummersbacher Parteiliebe, Herr Helmenstein und Herr Halding-Hoppenheit, die für die opulenten Auswüchse im Kreishaushalt stimmen. Ich kann die Namen nennen: Marquardt, Fritz Jürgen; Helmenstein, Dirk; Kranenberg, Volker; Langusch, Harald; Kleine Jürgen. Hinzu kommt noch für die FDP der Gummersbacher Kreistagsabgeordnete und Vize-Landrat Prof. Wilke. Bei Herrn Halding-Hoppenheit kommt noch hinzu, dass er Mitglied im Vorstand der CDU Gummersbach ist. Da sollte man doch meinen, dass die Einflussmöglichkeiten größer sind. Glaubwürdigkeit geht jedenfalls anders.

Zur Kreisumlage ist noch zu sagen, dass diese für den heute zu beschließenden Haushalt niedriger ausfällt als noch vor einiger Zeit befürchtet. Statt veranschlagter 39,5 Mio. € liegt die Kreisumlage jetzt bei 39 Mio. €. Dies ist aber nicht einer plötzlich aufgeflamnten Mildtätigkeit des Landrates zu verdanken, sondern ist dem Umstand geschuldet, dass der Landschaftsverband die Landschaftsumlage gesenkt hat, was für den Kreis insgesamt 7 Mio. € ausmacht und für die Stadt Gummersbach 1,4 Mio. €. Zunächst gingen wir auch davon aus, dass wir die Kreisumlage, also die reale Zahllast, um diese 1,4 Mio. € senken könnten, aber da hatten wir uns zu früh gefreut. Überhaupt handelt es sich bei dieser nun nur leichten Entlastung lediglich um einen kurzfristigen Effekt. Nach den Prognosen der Kämmerei wird die Kreisumlage in den Folgejahren wieder kräftig steigen, was die tatsächliche Zahllast angeht, auf die es ja letztendlich ankommt, und die 40 Mio. € Grenze deutlich übersteigen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

wenn ein kommunaler Haushalt wie unserer „auf Kante genäht ist“ und dies sich auch in den nächsten Jahren nicht wirklich durchschlagend ändert, ist der Pfad zwischen sparsamer Haushaltsführung und Investitionen in die Zukunft unserer Stadt immer ein schmaler. Ich denke, wir sind uns einig, dass wir trotz der düsteren finanziellen Aussichten die Gestaltungskraft für die Entwicklung unserer Stadt nicht verlieren sollten. Jede Fraktion und auch die Verwaltung müssen dabei klug abwägen, welche Themen und Projekte

für sie auf der Prioritätenliste ganz oben stehen. Die Fragestellung lautet dabei: Was muss sich die Stadt leisten können, um gut aufgestellt zu sein?

Die SPD-Fraktion hat sich hier Gedanken gemacht, auch über die heutige Beschlussfassung hinaus. Das Thema Klimaschutz steht dabei auf der Liste ganz oben. Der Ausschuss für Klimaschutz, Nachhaltigkeit und Mobilität hat hier eine zentrale Funktion, und ich will der Fairness halber gerne noch einmal hervorheben, dass es der Vorschlag der CDU-Fraktion war, diesen Ausschuss einzurichten.

Während aus unserer Sicht das Klimaschutzkonzept aus dem Jahre 2014 eher deklaratorischen Charakter hatte und daraus wenig Schlussfolgerungen gezogen wurden, nimmt das Thema doch jetzt merklich an Fahrt auf, was in erster Linie der guten Arbeit des Klimaschutzmanagers, Herrn Borscz, zu verdanken ist.

Gemessen an der Bedeutung des Themas tagt der Fachausschuss vergleichsweise selten. Dabei liegen die Themen auf dem Tisch. Über das Energie-Einsparcontracting sprechen wir schon seit Jahren. Zeitweise schien das Thema etwas eingeschlummert zu sein, jetzt geht es um Investitionen in Millionenhöhe. Wir gehen davon aus, dass der Ausschuss über die bevorstehenden Maßnahmen umfassend informiert wird. Für uns ist auch die Bilanzierung und wirtschaftliche Erfolgskontrolle des CO₂ Verbrauches sehr wichtig. Stichwort ist hier der CO₂ Fußabdruck der Stadt Gummersbach. Auch das Thema Windkraft wird uns kurzfristig beschäftigen. Wir wissen, dass die Landesregierung eine Potenzialanalyse mit konkreten Flächenangaben erarbeitet hat. Bezogen auf den Regierungsbezirk Köln wird dabei der rechtsrheinische Raum, in dem wir uns befinden, eine wichtige Rolle spielen. Das wird noch sehr spannend. Die Verantwortung liegt hier beim Ministerium von Frau Neubaur. Ich bin überrascht, dass die Potenzialanalyse noch nicht veröffentlicht wurde, denn sie liegt ja vor.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, unsere Fraktion hat in der letzten Ausschusssitzung am 30. März 2023 einen Antrag eingebracht, der auf die Gründung einer Energiegenossenschaft durch Initiative der Stadt Gummersbach nach dem Vorbild der Energiegenossenschaft Bergisches Land abzielt. Das Beispiel der Energiegenossenschaft Bergisches Land sowie zahlreicher ähnlicher Bürgerenergiegenossenschaften zeigt nachdrücklich, dass derartige Unternehmen durch lokale Investitionen in Photovoltaik- und Windkraftanlagen wirkungsvoll zum Gelingen der Energiewende beitragen. Sie eröffnen auch für Privatpersonen eine niederschwellige und zugleich rentable Möglichkeit, aktiv die Energiewende voranzubringen. Die Stadt Gummersbach könnte hier wertvolle Starthilfe leisten. In unserem Antrag wird eine konkrete Vorgehensweise skizziert. In der Ausschusssitzung wurde dann noch Beratungsbedarf angemeldet – dies ist auch gute Gepflogenheit.

Ich will aber die Gelegenheit heute nutzen, dringend an Sie zu appellieren, diesen Antrag anzunehmen. Es gibt aus anderen Kommunen viele gute Beispiele – nicht wenige sogar auf Initiative der CDU. Aus unserer Sicht dürfen wir hier den Anschluss nicht verpassen. Es gibt also genug Diskussionsthemen, auch grundsätzlicher Natur, für diesen Fachausschuss.

Im Bereich der Stadtentwicklung geht die Zeit der geförderten Großprojekte mit dem Stadtteilumbau in Bernberg und der Sanierung und Erweiterung der Vogtei zu Ende. Während auf dem Bernberg die feierliche Einweihung unmittelbar bevorsteht – die Einladungen sind ja versandt worden -, müssen wir uns bei der Vogtei noch etwas gedulden, wo der geplante Fertigstellungstermin Herbst 2023 nicht gehalten werden kann. Lieferengpässe bei den Baumaterialien und die Erhöhung der Baukosten sind hier ursächlich, allerdings ist der Baufortschritt auch für Laien deutlich erkennbar. Da sind ein paar Monate zusätzlicher Geduld hinnehmbar, zumal es sich um ein Herzensprojekt für dieses zweitälteste Gebäude unserer Stadt handelt.

Bedauerlich ist, dass andere Vorhaben erst nächstes Jahr angegangen werden können. Das trifft für die Fußgängerbrücke in Rebbelroth zu, wo der Maßnahmenbeginn um ein Jahr verschoben werden musste. Und auch die dringend erforderliche Sanierung des Kehrbergdenkmales startet erst in 2024.

Ein sehr wichtiges städtebauliches Projekt ist für unsere Fraktion auch die Nachnutzung für das Gelände der ehemaligen Hauptschule in Strombach. Diejenigen, die bereits in der letzten Wahlperiode dem Rat angehörten, werden sich erinnern, dass wir als SPD-Fraktion uns gegen die Veräußerung dieses Areals zum Zwecke der Errichtung einer Privatschule gewehrt haben, sondern stattdessen nach Abriss der noch bestehenden Gebäude die Entwicklung von dringend benötigtem Wohnraum präferiert haben. Heute sehen wir uns bestätigt. Die Pläne, die vorliegen und die unter anderem in einem Workshop-Verfahren erarbeitet wurden, finden unsere volle Unterstützung. Sie sehen eine Mischbebauung von Einfamilienhäusern, Reihenhäusern und Mehrfamilienhäusern vor, und auch eine dritte Kindertagesstätte für diesen Stadtteil findet auf dem Areal Platz. Rundherum ein gutes Projekt. Klar ist, dass die bestehende Sporthalle nicht mehr verwendet werden kann, weil sie technisch mit dem noch existierenden Gebäude der ehemaligen Hauptschule untrennbar verbunden ist. Wir setzen uns aber klar für den Neubau einer Sporthalle ein, wohlwissend, dass die Förderung aus dem Sportstättenprogramm fürs erste ausgelaufen ist und Zuschüsse deshalb nicht oder nur unter erschwerten Bedingungen einkalkuliert werden können. Hier handelt es sich aus unserer Sicht um eine zwingend notwendige Investition, die trotz der knappen Kassenlage umgesetzt werden sollte. Ein so prosperierender Stadtteil wie Strombach

mit einem so aktiven und großen Sportverein dazu ist nach unserer Meinung ohne Sporthalle nicht denkbar. Hier muss man eine deutliche Priorität setzen.

Die Entwicklung von Gewerbeflächen ist auf unserem Stadtgebiet nahezu ausgeschöpft. Umso wichtiger ist es, dass die für den neuen Regionalplan angemeldeten und von der Regionalplanungsbehörde befürworteten Flächen in der Rospe und in Herreshagen als sogenannte Potenzialflächen erhalten bleiben. Damit ist keineswegs gesagt, dass dort irgendwann einmal Gewerbe entsteht, aber es bleibt die Möglichkeit, innerhalb eines gültigen Regionalplanes Flächen zu tauschen.

Im Bereich der Infrastruktur freuen wir uns, dass noch im laufenden Haushaltsjahr die Planungsleistungen für den geplanten Kreisverkehr am Albrechtplatz in Mühlenseßmar vergeben werden sollen. Damit kommen wir der Realisierung, auf die wir schon so lange warten, ein gutes Stück näher.

Der in der Ratssitzung am 15. Februar 2023 angenommene Antrag auf Teilnahme der Stadt Gummersbach an der Initiative „Lebenswerte Städte und Gemeinden durch angepasste Geschwindigkeiten“ ermöglicht uns bei Erfolg der Initiative die eigenverantwortliche Ausweisung von Tempo 30 im innerörtlichen Bereich, weil die Kommunen selbst am besten wissen, wo entsprechende Verkehrsberuhigungen am sinnvollsten sind. Herr Bürgermeister, Sie sind wohl ein großer Befürworter dieses Antrages; jedenfalls scheint Ihre Freude über die Annahme dieses Antrages in den Social Media Kanälen darauf hinzudeuten. Nicht hindeuten tun Sie allerdings darauf, dass es sich um einen Antrag der SPD-Fraktion handelt. Ich nehme mal an, dass Sie dies absichtlich nicht getan haben, um mir die Gelegenheit zu überlassen, darauf hinzuweisen.

Nach längerer Pause finden nun auch wieder Sanierungsmaßnahmen an den kommunalen Straßen in unserem Stadtgebiet statt. Grund für die zeitliche Lücke war das lange Hick Hack um die Finanzierung. Es dauerte unverantwortlich lange, bis sich der Landesgesetzgeber zu einem Verfahren durchringen konnte. Wir als SPD-Fraktion bleiben skeptisch, denn aus unserer Sicht erschwert die geltende gesetzliche Lösung eine langfristige finanzielle Sicherheit. Agiert wird nach dem Windhundprinzip. Der Ausbau ist so lange kostenfrei, wie der Fördertopf ausreicht. Damit gibt es eben keine Rechtssicherheit für einen kostenfreien Ausbau und deshalb aus unserer Sicht eine Gerechtigkeitslücke.

Im Bereich der Kultur ist es bedauerlich, dass sich das hervorragende Konzept eines Bergischen Forums für Wissen und Kultur nicht verwirklichen lässt. Wir hätten wirklich mehrere Probleme mit einem Schlag gelöst. Aber es nutzt ja nichts.

Auf der Seite des Oberbergischen Kreises war das Interesse sowohl der Verwaltung als auch der Politik – über alle Parteigrenzen hinweg, wie man ehrlicherweise sagen muss – nicht ansatzweise so groß wie auf der Seite der Stadt Gummersbach, wo die Verwaltung schon wertvolle Vorarbeit geleistet hatte. Dennoch sollte man nicht den Kopf in den Sand stecken und resignieren, denn vor allen Dingen die Bücherei verdient eine bauliche Ertüchtigung und Modernisierung. Man fühlt sich schlagartig in die 1970er Jahre zurückversetzt, wenn man das Gebäude betritt. Die Arbeit, die dort geleistet wird, ist sehr gut und entspricht modernen Standards – auch im Hinblick auf die Digitalisierung. Aber ohne einen zeitgemäßen Baukörper ist das Bild nicht rund. Deshalb messen wir einem solchen Bauvorhaben große Priorität zu.

Die Halle 32 wird ja nun auf lange Sicht unsere einzige Kulturstätte bleiben – mal abgesehen von den Großveranstaltungen in der Schwalbe-Arena. Das heißt, dass wir müssen diese Einrichtung pflegen. Und sollte es bei den Büro- und Lagerflächen zu räumlichen Engpässen kommen, so stehen wir einer Erweiterung, um lange Wege zu vermeiden, offen gegenüber. Am 1. April hat eine neue Fachkraft zur Stärkung des Ehrenamtes ihre Arbeit aufgenommen. Nach der notwendigen Einarbeitungszeit sind wir sehr gespannt auf erste Ergebnisse.

Der Jugendhilfeetat ist mit über 42 Mio. € Gesamtkosten eine der größten Ausgabenposten im Gesamthaushalt überhaupt. Dem stehen rund 18,6 Mio. € Erträge gegenüber. Die Transferaufwendungen kennen seit Jahren nur eine Richtung – nämlich nach oben. Insofern kann man die Präventionsarbeit, die auf lange Sicht Geld spart, nicht hoch genug einschätzen. Gerade die Tätigkeit des Sozialarbeiters in Steinenbrück und auf dem Bernberg trägt hier schon gute Früchte. Beklagenswert hingegen ist der Fachkräftemangel auch in den Kindertagesstätten, so zum Beispiel in Dieringhausen. Bereits im Jahr 2021 hatten wir im Jugendhilfeausschuss einen Antrag gestellt, mit dem die Verwaltung beauftragt wurde, eine Kinder- und Jugendhilfeplanung zur Bearbeitung coronabedingter Problemlagen unter Berücksichtigung des Quartieransatzes für die laufende Wahlperiode zu erstellen. Die Auswertung liegt vor und wir arbeiten mit den Erkenntnissen nun weiter. Am Beispiel der Kinderspielplätze kann man sehen, wie wichtig und erfolgreich bürgerschaftliches Engagement ist. So bekamen wir den wertvollen Hinweis, dass man beim Ausbau von Kinderspielplätzen auch die Inklusion und die Barrierefreiheit berücksichtigen sollte. Dieser Vorschlag wurde beim Spielplatz in Windhagen jetzt umgesetzt. Aus diesem Stadtteil kam ja auch der Vorschlag von einer betroffenen Mutter. Und bis 2024 sollen insgesamt sieben Spielplätze folgen. An dieser Stelle unser herzlicher Dank an den Bauhof der Stadt Gummersbach. Wir begrüßen auch, dass QR-Codes genutzt werden können, um sich über das Angebot der einzelnen Spielplätze zu informieren.

QR-Codes sind nach unserer Meinung aber nicht immer die richtige Lösung. Wir finden sie zum Beispiel für die Erläuterung von Straßennamen völlig unangebracht. Dabei gab es in der letzten Sitzung des Hauptausschusses und Ausschusses für öffentliche Ordnung ein weiteres gutes Beispiel für bürgerschaftliches Engagement – nämlich die Anregung des Bündnisses „Unser Oberberg ist bunt – nicht braun“, die Hindenburgstrasse in den völlig unverfänglichen und schönen Namen „Unter den Linden“ umzubenennen, sowie die Straße ja auch früher schon hieß. Für uns als SPD war es eine Selbstverständlichkeit, einer solch vernünftigen Anregung zu folgen, auch wenn dies mit Kosten verbunden wäre. Eine Mehrheit aus CDU samt Bürgermeister, FDP und AfD lehnte das ab und bevorzugte tatsächlich eine Lösung mit QR-Code als Alternative. Für mich war es eine denkwürdige Hauptausschusssitzung – und ich kann auf manche zurückblicken. Gerade die Verharmlosung von Hindenburg durch Herrn Sülzer wird mir noch lange in den Ohren klingen. Andere Städte sind nicht so restaurativ und rückständig. Aktuelles Beispiel ist die Landeshauptstadt Düsseldorf mit einem CDU-Oberbürgermeister. Auch andere Städte haben sich längst von Hindenburg befreit.

Für den Bereich der Schulen, der über mehrere Jahre Ausgangspunkt für heftige Diskussionen war, können wir zufrieden feststellen, dass der städtische Schulstandort mit seinen neun Grundschulen und vier weiterführenden Schulen gesichert ist. Die aktuellen Anmeldezahlen belegen das. Das ist insofern beruhigend, als dass wir in den vergangenen Jahren diesbezüglich doch einige Sorgen hatten. Die millionenschweren Investitionen in unsere Grundschulen für deren Sanierung und Erweiterung, die wir schon vor einigen Jahren auf den Weg gebracht haben und die sukzessiv umgesetzt werden, sind gut angelegtes Geld. So werden wir auch dem steigenden Bedarf nach Plätzen in der Offenen Ganztagschule gerecht, zumal hier ja auch der Rechtsanspruch nicht mehr weit ist. Es gab auch Zeiten, als wir um die Anschaffung von Luftfilteranlagen gerungen und über deren Sinnhaftigkeit diskutiert haben. Nun, die Luftfilteranlagen sind mittlerweile in Betrieb und bewähren sich doch in den allermeisten Fällen.

Im letzten Hauptausschuss in der vergangenen Woche haben wir auch den Stellenplan noch einmal unter die Lupe genommen. Sicherlich, die Personalkosten machen den zweitgrößten Anteil an den Ausgaben im städtischen Haushalt aus. Ich will aber gerne an dieser Stelle wiederholen, was ich in der Sitzung gesagt habe. Aus unserer Sicht haben wir beim Stellenplan so gut wie keinen Spielraum. Der Stellenaufwuchs ist zumeist auf zusätzliche Aufgaben zurückzuführen, mit den uns der Gesetzgeber in Düsseldorf oder in Berlin beglückt. Frau Berkey hat das in der Sitzung sehr plausibel dargestellt. Insofern haben wir hier keine Bedenken, im Gegenteil, eigentlich brauchen wir noch zusätzliche Stellen, um Aufgaben gezielt anzugehen, zum Beispiel bei der Stadtteilsozialarbeit. Darüber hinaus dürfen wir nicht vergessen, dass der Fachkräftemangel auch im

Öffentlichen Dienst zuschlägt und bei vergleichsweise kleinen Verwaltungen wie bei uns in Gummersbach besonders. Wir sind bei unseren Stellenangeboten ja meist nicht so attraktiv wie der Oberbergische Kreis, die Bezirksregierung oder der Landschaftsverband. Dementsprechend unterstützen wir alle Bemühungen, die Stadt Gummersbach als Arbeitgeber zu stärken.

Dies gilt in vollem Umfang auch für unsere Feuerwehr. Bei der letzten Jahresdienstbesprechung vor wenigen Wochen, an der ich teilgenommen habe, wurde sehr deutlich, welche wichtige, geradezu für unsere Stadt existenzielle Arbeit die Feuerwehr für Gummersbach leistet. Ich kann jedem nur den Jahresbericht 2022 ans Herz legen. Die Zahl von 713 Einsätzen im letzten Jahr spricht für sich. Hinzu kommen deutlich gestiegene Anforderungen an die Arbeit der Feuerwehrkameradinnen und Kameraden – sowohl im freiwilligen Bereich, dem Fundament der Feuerwehr, aber auch bei den Hauptamtlichen. Die Frage einer angemessenen Ausstattung unserer Feuerwehr, um die Aufgaben für unser aller Wohl zu bewältigen, ist nie Gegenstand von parteipolitischen Auseinandersetzungen gewesen – und das soll auch aus unserer Sicht so bleiben. Die Feuerwehr weiß das auch zu schätzen – der Leiter der Feuerwehr Gummersbach, Herr Raupach, hat das in seinem Rechenschaftsbericht bei der Jahresdienstbesprechung ausdrücklich betont.

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, meine Herren Beigeordnete, liebe Ratskolleginnen und Ratskollegen, verehrte Gäste,

nach intensiven Beratungen ist die SPD-Fraktion zu dem Schluss gekommen, dem Haushaltsplan und seinen Anlagen sowie der Haushaltssatzung für das Jahr 2023 zuzustimmen. Die Vermeidung von Steuererhöhungen und einem Haushaltssicherungskonzept sind hierfür ebenso wesentliche Gründe wie die Nachvollziehbarkeit der Einzeletats und des Stellenplanes. Wir bekennen uns auch ausdrücklich zu den Rahmenbedingungen für die Haushaltswirtschaft, die wir jährlich neu beschließen. Aber nicht umsonst haben wir in unserer Stellungnahme über das Haushaltsjahr 2023 schon hinausgeblickt. Unser Abstimmungsverhalten für die zukünftigen Haushaltsjahre – zumindest für die, die noch in die Wahlperiode dieses Rates fallen, also 2024 und 2025 – werden wir davon abhängig machen, inwieweit es gelingt, eine sparsame Haushaltsführung mit den aus unserer Sicht notwendigen Investitionen zu verbinden. Einige Projekte habe ich Ihnen ja schon genannt.

Für heute aber bedanke ich mich stellvertretend für die gesamte SPD-Fraktion bei der Verwaltung für die Begleitung und Unterstützung während der extrem langen Haushaltsplanberatungen. Ein besonderer Dank gilt Frau Klein und ihrem Team aus der Kämmerei sowie Herrn Halding-Hoppenheit als Kämmerer. Sie waren ja gleich zweimal bei uns in der Fraktion zu Gast, und die AG Haushalt hat überdurchschnittlich viel getagt.

Also auch für Sie von der Verwaltung waren diese Haushaltsplanberatungen allein von der Länge her ungewöhnlich. Und für Sie stehen die verwaltungsinternen Vorbereitungen für das nächste Haushaltsjahr 2024 ja quasi schon vor der Tür.

Bei Ihnen allen bedanke ich mich für Ihre Aufmerksamkeit.

Gegeben zu Gummersbach, 25. April 2023

Thorsten Konzelmann

Vorsitzender der SPD-Fraktion im Rat der Stadt Gummersbach